



Selbsthilfe oder Staatshilfe? Wer ist aus sozialetischer Sicht für Armuts- bekämpfung zuständig? Hermann-Josef Große Kracht

a) Der Untertitel arbeitet schon mit zwei Unterstellungen:

Armutsbekämpfung oder gar Armutsabschaffung kann technisch möglich sein, es könnte gelingen, eine Welt ohne Armut schaffen... Aber: Schon im Neuen Testament heißt es: „Die Armen habt ihr alle Zeit“; und in der längsten Zeit ihrer Geschichte waren die Menschen davon überzeugt, dass es Arme und Armut immer gegeben hat und immer geben wird. Ist die Idee der Armutsabschaffung also eine eitle Hybris der westlich-europäischen Moderne, vielleicht sogar nur naives Wunschdenken von unverbesserlichen „Gutmenschen“? Ist sie also eine Vorstellung, von der man sich im Blick auf die Möglichkeiten nüchterner

Dr. Hermann-Josef Große-Kracht ist Akademischer Rat am Institut für Theologie und Sozialethik der TU Darmstadt. Der abgedruckte Text ist das Vortragsmanuskript für die 18. Osnabrücker Sozialkonferenz vom 2. April 2011

Realpolitik vernünftigerweise gleich verabschieden sollte? ... So oder so ähnlich denken heute vielleicht nicht wenige, auch wenn sie es so oder so ähnlich nur selten laut aussprechen.

b) Armutsbekämpfung oder gar Armutsbeschaffung soll ein moralisches Gebot sein ...

Warum aber soll die Armut eigentlich bekämpft werden? Ist Armut denn etwas Schlechtes; etwas, das nicht sein soll? Schändet Armut? Oder hat Armut bzw. haben die Armen nicht eine eigene Würde, eine besondere gesellschaftliche Bedeutung und Funktion? Sind sie vielleicht gesellschaftlich wichtig, vielleicht sogar unverzichtbar? So oder so ähnlich denken heute auch einige, allerdings wohl nur eine kleine Minderheit. Dabei hat man in der Geschichte Europas lange Zeit ganz selbstverständlich so oder so ähnlich gedacht.

I.

Hier ist zunächst einmal an den - wenn man so will - „*heilsökonomischen Tausch des Mittelalters*“ zu erinnern. Bis weit in die Neuzeit hinein waren die Armen nämlich

ein gesellschaftlich hoch angesehener Stand, eine wichtige soziale Gruppe; ein wertvoller Teil der Gesellschaft, und arm dran die Stadt, die keine Armen hatte ...

Das berühmte jesuanische Identifizierungswort aus Matthäus 25 „*Was ihr dem geringsten meiner Brüder getan habt, das habt ihr mir getan*“ war hier noch sehr präsent. Es hatte noch eine hohe moralisch-religiöse Prägekraft. In den ausgemergelten Bettlergestalten erkannte man das Angesicht des leidenden Herrn Jesus Christus; und man wusste um die biblischen Geschichten, dass die Armen am Eingangstore zum Himmelreich sitzen - und dass man als Reicher dort zur Einlass findet, wenn sich die Armen für einen aussprechen, wenn sie in ihrem Bittgebet bei Gott um Gnade für die Seele des Reichen bitten ...

Im politisch-moralischen Selbstverständnis der mittelalterlichen Gesellschaft waren also beide, die Reichen und die Armen, gleichermaßen notwendig; eigentlich waren die Armen sogar wichtiger, da der Wohlhabende ohne sie ohne Chance auf himmlische Seligkeit war. Der Wohlhabende hatte dem Armen Almosen zuzuwenden; dafür betete der Arme um das Seelenheil des Reichen. Dabei war aber nie das Wohl des einzelnen Armen im Blick - als menschliche Person, als individuelles Subjekt zählte er nicht; und niemand kam auf die Idee, dessen Armut dauerhaft überwinden zu wollen; das hätte ja die ganze weltlich-religiöse Ordnung durcheinandergebracht und das Seelenheil der Reichen gefährdet. Gerade deshalb aber gehörten die Armen - gerade als Arme - zur Gesellschaft unbedingt dazu.

Diese politisch-religiöse Ar-

1. MAI 2011

DAS IST DAS MINDESTE

FAIRE LÖHNE GUTE ARBEIT SOZIALE SICHERHEIT

DGB

beitsteilung ist heute jedoch längst vorbei. Wer heute Almosen gibt (und das sind viele...), erwartet dafür in keiner Weise eine irgendwie relevante religiöse Gegenleistung. Damit ist der Stand der Bettler in der Moderne funktionslos geworden. Er kann nun wirklich abgeschafft werden, indem man entweder die Armut oder die Armen ausmerzt. Der Arme wird nicht mehr gebraucht, er scheint nutzlos und überflüssig geworden zu sein. Und genau das macht die Armen und die Armut in der modernen Gesellschaft zum moralischen Problem.

II.

In der frühen Neuzeit entstand denn auch die erste große sozialpädagogische Offensive zur Abschaffung der Armen; und sie erlebt in der gegenwärtigen Hartz IV-Gesetzgebung eine Renaissance in säkularisierter Form.

In dem Maße, wie zuerst die Theologen der Reformation, dann die (vor allem protestantisch) geprägten Moralisten und Pädagogen der deutschen Aufklärung die neuen Ideen von Freiheit und Gleichheit (bzw. des allgemeinen Priestertums aller Gläubigen) vertraten, wurden der alten Ständelehre des Mittelalters die Legitimationsgrundlagen entzogen. Dafür erlebten nun die neuen bürgerlichen Tugenden von Arbeitseifer, Fleiß und Selbstverantwortung einen enormen Aufschwung. Profane Erwerbsarbeit wurde nun zur wichtigsten Berufung des Menschen, Arbeit machte nun seine eigentliche Würde aus - und so konnte Friedrich Schiller im „Lied von der Glocke“, dem Leib- und Magengedicht des wilhelminischen Bürgertums, begeistert ausrufen: „Arbeit ist des Bürgers Zierde; Segen ist der Mühe Preis: Ehrt den König seine Würde, ehret uns der Hände Fleiß.“

War Arbeit zur Beschaffung des Lebensunterhalts bis dahin ein notwendiges Übel, eine göttliche Sündenstrafe, so wurde

sie nun zum Eintrittsbillett in die moderne Gesellschaft, zum eigentlichen Ausweis personaler Freiheit und selbstbewusster Identität. Individuelle Arbeit adelt nun den Menschen. Er ist nun zur Arbeit da wie der Vogel zum Fliegen. Durch Arbeit erschafft er sich Eigentum, für das er niemandem dankbar sein muss, auf das er stolz sein darf (und das er auch gegen Zugriffe des Steuerstaates verteidigen darf). Etwas als Almosen zu erhalten, schändet dagegen. Und nur, wer sich durch eigene Arbeit individuell und eigenverantwortlich hocharbeitet, ist ein würdiges Mitglied der neuen bürgerlichen Arbeits- und Leistungsgesellschaft. Armut dagegen begann nun doch zu schänden; sie wurde anrühlich, sie sollte bekämpft und abgeschafft werden - und zwar durch obrigkeitpädagogische Maßnahmen zur „Aktivierung“, zur Anstachelung aller der Faulheit verdächtigen Individuen zu tüchtiger individueller Arbeit und permanenter eigener Anstrengung; und nicht zufällig kam nun das Arbeits- und Prügelhaus groß in Mode.

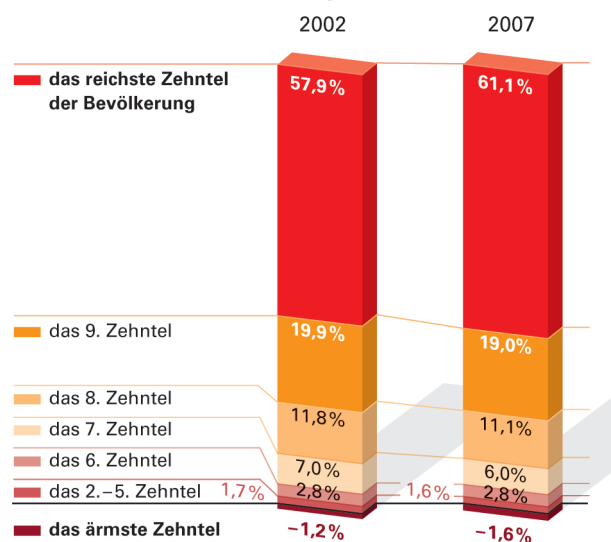
Hinter dem Freiheits- und Individualitätsversprechen der bürgerlichen Arbeit steckt die - ursprünglich durchaus faszinierende - frühliberale Vision einer „freien Bürgergesellschaft mittlerer Existenzen“; einer Gesellschaft ohne ständische Unterschiede, in der sich alle als Freie und Gleiche wahrnehmen und begegnen können, in der jeder Einzelne ökonomisch selbstständig und dadurch frei ist, weil er mit seinen eigenen kleinen Produktionsmitteln arbeiten kann und bei niemandem „abhängig beschäftigt“ ist; in der deshalb auch jeder unabhängig, frei und gleich an den Entscheidungen über das politische Geschick der staatlichen Gemeinschaft mitwirken und mitentscheiden kann; und in der zudem jeder kulturell und moralisch nach seiner eigenen *façon* selig werden kann, solange er die gleichen Freiheitsrechte und Selbstver-

wirklichungsansprüche der anderen Freien und Gleichen nicht verletzt.

Hier gilt nun die strenge Unterscheidung zwischen *deserving* und *nondeserving poor*, den Hilfe verdienenden und den Hilfe eben nicht verdienenden Notleidenden, oder - wenn man so will - zwischen den echten und den unechten Armen. Die nicht-arbeitsfähigen Armen, die auch beim besten Willen nicht können, denen muss man Nothilfe per Almosen oder per Staatstransfer zukommen lassen. Sie gehören aber auch nicht wirklich dazu, zur egalitären Bürgergesellschaft freier und unabhängiger mittlerer Existenzen, denn schließlich haben sie das liberale Kriterium der Staatsbürgerlichkeit, eben die ökonomische Unabhängigkeit, nicht für sich. Als Hilfebedürftige sind sie zwar sicher auch „Menschen“, wer wollte ihnen das absprechen? Aber „Bürger“, autonome und selbstverantwortliche Subjekte ihres Lebens, gleichrangige und gleichberechtigte Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft, das können sie nie und nimmer sein. Deshalb war man sich auch bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Zuwachs beim obersten Zehntel

Vom individuellen Nettovermögen entfielen auf...



Quelle: Sozio-oekonomisches Panel 2002, 2007; DIW 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

Hans-Böckler-Stiftung



Schülerinnen und Schüler aus Hessen bei der Übergabe der Petition in Berlin

darin einig, dass ihnen, wenn überhaupt, dann nur ein sehr eingeschränktes demokratisches Wahlrecht zugesprochen werden könne. Und so sehr das allgemeine Wahlrecht für uns zwischenzeitlich zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist, so sehr prägt auch heute noch die mentale Unterscheidung von „Bürgern“ und „Hilfempfängern“, von „Leistungsträgern“ und „Sozialschmarotzern“ unsere aktuellen arbeits- und sozialpolitischen Alltagswahrnehmungen. Es scheint, dass wir noch immer ziemlich fest in den längst obsoleten Sozialverhältnissen des vorindustriellen Frühliberalismus verfangen sind ...

Wer dagegen arbeiten kann, aber dies nicht tut, wer dem individuellen Aufstiegsversprechen von Arbeit, Fleiß und Tüchtigkeit, dem Karriereversprechen vom Tellerwäscher zum Millionär nicht traut (und wer nicht naiv ist, hat gute Gründe, ihm nicht zu trauen...), der verdient Verachtung, Bestrafung, politischen und moralischen Druck. Dass es gesellschaftliche Ursachen für ein Unterangebot an guter Arbeit für alle geben könnte; und dass

die Gesellschaft zudem kaum in der Lage sein dürfte, alle ihre fleißigen Mitglieder wirklich von Tellerwäschern zu Millionären zu machen, kann hier als soziologisch-ökonomisches Fundamentalproblem schon aufgrund ideologisch-moralischer Vorentscheidungen gar nicht in den Blick kommen.

III.

Relativ früh kommt aber schon ein anderer Zusammenhang ökonomisch-soziologisch in den Blick, die Tatsache nämlich, dass auch die moderne Industriegesellschaft auf einen festen „Stand der Armen“ angewiesen sein könnte; wenn auch nicht als fromme Gebets-, sondern als industrielle Reservearmee. Dieses Problem sprechen liberale Ökonomen schon früh mit wünschenswerter Klarheit an. In den modernen Fabrik- und Industriegesellschaften werden arme Arbeiter als billige Arbeitskraft und noch ärmere Erwerbslose als abschreckendes Beispiel gebraucht; denn ohne sie scheinen sich Prosperität, Güterproduktion und Wirtschaftswachstum in der erhofften Höhe

nicht realisieren zu lassen. Ohne den Druck der Hungerpeitsche und die Konkurrenz zahlloser Hungerleider vor Ort scheint es nicht genügend Anreize zu geben, um dauerhaft mühsam-energieverzehrende Fabrikarbeit aufzunehmen und jenes Leben mit Armutslohn und Ausbeutung zu fristen, das zumindest die ersten Phasen der Industrialisierung kennzeichnete. Die Frage, ob dieser Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Armutspopulation zwingend ist, und ob langfristige Produktivitätsgewinne nicht viel eher von einer gut versorgten Arbeiterschaft ohne Armutsrisiko erwartet werden können, geriet dabei lange Zeit nicht in den Blick. Und auch heute noch sind viele Ökonomen fest von einem Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Wachstum und sozialer Ungleichheit überzeugt, auch wenn sie Konsequenzen solcher Überzeugungen politisch meist nur vorsichtig zur Sprache bringen.

Schon Bernard Mandeville, der niederländische, in London lebende Arzt und Publizist, hat in diesem Zusammenhang in seiner berühmten „Bienenfabel“ Anfang des 18. Jahrhunderts notiert: „Es ist das Interesse aller reichen Nationen, dass der größte Teil der Armen nie untätig sei und sie dennoch stets verausgaben, was sie einnehmen ... Diejenigen, die ihr Leben durch die tägliche Arbeit gewinnen, haben nichts, was sie anstachelt zu arbeiten außer ihren Bedürfnissen, welche es Klugheit zu lindern, aber Narrheit wäre zu kurieren ... Es folgt, dass in einer freien Nation der sicherste Reichtum aus einer Menge arbeitsamer Armen besteh“.

Den Armen sei deshalb, so Mandeville, Brot und Peitsche zu bieten; und so seien der Regierung gleichermaßen öffentliche Bordelle wie öffentliche Einrichtungen zu empfehlen.

Mit einer solchen zynischen Resignation könnte man es vielleicht schon bewenden lassen bei der Frage, ob Armutsbe-

kämpfung ein ethisches Gebot sei. Dann wäre die Antwort klar: Armutsbekämpfung ist im Namen wirtschaftlichen Fortschritts, im Interesse der Wettbewerbschancen des Standorts Deutschland nicht wünschenswert. Es reicht, wenn es dem Staat gelingt, dauerhaft für eine hinreichende „Menge arbeitsamer Armer“ zu sorgen und deren Bedürfnisse soweit zu kultivieren, dass es nicht zu unberechenbaren Ausbrüchen von Zorn und Revolte kommt.

IV.

Wenn man sich dagegen auf einen moralischen Standpunkt stellt und die Rede von der Freiheit und Gleichheit der Menschen ernst nimmt, wenn man also am Leitbild einer demokratischen Gesellschaft von Freien und Gleichen ohne Not und Elend festhalten will, dann bietet sich zunächst das klassische Aufstiegsversprechen des politischen Liberalismus an. Demnach kommt alles auf das Individuum, seine Verantwortung, seine Anstrengung, seine Initiative und seine eigenen Kräfte an - und wehe einem Staat oder Almosengeber, der hier zu früh mit seinen Hilfeangeboten auf der Matte steht: Der gilt als übler Paternalist, der die Menschen zu passiven Objekten macht und sie damit noch zusätzlich erniedrigt, nur um vor sich selbst um so strahlender und um so wichtiger dastehen zu können.

Diese exklusive Fixierung auf „Selbsthilfe“ mit ihrer oft geradezu paranoiden Aversion gegen jede Form von „Fremdhilfe“ ist typisch für die individualistisch-liberale Sozialphilosophie des 19. Jahrhunderts; und dass sie heute wieder so prominent werden konnte, ist und bleibt ein irritierendes Phänomen. Als sozialpolitische Strategie ist sie erstmals von Hermann Schulze-Delitzsch zum Programm der liberalen Fortschrittspartei erhoben worden. Schulze-Delitzsch hatte in den 1850er Jahren die

ersten Versuche unternommen, die von Verarmung bedrohten kleinen Handwerker, vor allem Schuster aus seiner sächsischen Heimat, im Sinne individueller Selbsthilfe zu erziehen und ihnen die Idee liberaler Genossenschaften schmackhaft zu machen. Denn wenn kleine Handwerker mit ihren kleinen Produktionsmitteln auf dem freien Markt - angesichts der Konkurrenz kapitalistischer Schuhfabriken - keine faire Chance mehr haben, dann stehe ihnen immerhin Waffengleichheit mit den modernen Fabrikanten zu; und diese sollten ihnen gemeinsame Einkaufs-, Konsum- und Absatzgenossenschaften verschaffen. Auch hier aber sollte gelten, dass jeder Genosse weiterhin auf eigene Rechnung und in eigener Verantwortung wirtschaftet und sich auf sich allein gestellt am Markt zu bewähren versucht, da nur so jenes Prinzip der individuellen Zurechnung von Fleiß oder Faulheit unangetastet bleibt, auf dem die Moral der bürgerlichen Gesellschaft so fundamental beruht.

Allerdings sollte diese sozialethisch so edel klingende

Strategie der - wenn schon nicht individuellen, dann eben individuell-genossenschaftlichen - Selbsthilfe schon damals nur für diejenigen gelten können, die sich wenigstens noch einen Rest ökonomischer Selbstständigkeit bewahrt hatten, und seien es nur die heruntergekommenen Werkzeuge und Arbeitsschemel in einer feuchten Schusterstube. Die neue industriegesellschaftliche Tatsache, dass das Fabrikzeitalter auf hoher industrieller Arbeitsteilung beruht und „ökonomische Eigenverantwortung“ längst zu einem soziologischen Auslaufmodell hat werden lassen, konnte und wollte Schulze-Delitzsch, ein moralisch hoch sensibler und achtenswerter Mann, in seiner liberalideologischen Voreingenommenheit nicht zur Kenntnis nehmen. Und er sollte dafür von Ferdinand Lassalle, dem Begründer der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, in der berühmten Kontroverse der 1860er Jahre um „Selbsthilfe oder Staatshilfe“ zu recht schwere Prügel beziehen.

Schulze-Delitzsch hatte den Arbeitern bei jeder Gelegenheit zuge-



Protestierende Schülerinnen und Schüler in Darmstadt im Juni 2010

rufen: „Darauf, dass jeder die Folgen seines Tuns und Lassens selbst trage und sie nicht andern aufbürde, auf der Selbstverantwortlichkeit und Zurechnungsfähigkeit beruht die Möglichkeit alles gesellschaftlichen Zusammenlebens der Menschen sowie des Staatsverbandes“. Lassalle hat demgegenüber mit denkbarer Schärfe deutlich gemacht, dass die liberale Obsession mit dem individualistischen Selbstverantwortlichkeitsglauben in den Zeiten von Industriegesellschaft und Weltökonomie jede sozialstrukturelle Grundlage verloren hat. Die Idee der Selbstverantwortlichkeit müsse im Fabrikzeitalter, so sagt er, durch die Idee der „Solidarität in der Freiheit“ ersetzt werden. Denn, so Lassalle 1864, das Wohl und Wehe zahlloser Arbeiter hänge längst nicht mehr von ihrer individuellen Leistung, sondern von den zufälligen Konjunkturen einer unüberschaubaren Weltwirtschaft ab. Und wo der Zufall herrscht, da ist die Freiheit des selbstverantwortlichen Individuums aufgehoben. Die heutige Ökonomie sei nämlich *„das Gebiet der gesellschaftlichen Zusammenhänge, also das Gebiet der Solidarität oder Gemeinsamkeit“*, wo alles mit allen zusammenhängt und jeder von Entwicklungen betroffen wird, die er in keiner Weise selbst verursacht hat. Direkt an Schulze-Delitzsch gerichtet, schreibt Lassalle deshalb: *„Die menschliche Gemeinsamkeit, die Solidarität, lässt sich verkennen, Herr Schulze, aber sie lässt sich nicht aufheben! Wenn also gesellschaftliche Einrichtungen existieren, welche dieses Solidarität nicht anerkennen und regeln, so existiert diese Solidarität deshalb nichtsdestoweniger fort, aber sie kommt nur als eine ihre Verkennung rächende rohe Naturmacht, als ein Schicksal zum Vorschein, welches Ball spielt mit der vermeintlichen Freiheit des auf sich angewiesenen einzelnen [...] Der Zufall spielt Ball und die Menschen sind es, die in diesem Spiel als Bälle dienen.“*

Statt also im längst obsoleten frühliberalen Geist der Aufklärung die Arbeiter zu „Selbstverantwortlichkeit“ und „Selbstständigkeit“ aufzurufen, suche die heutige Zeit, so Lassalle, „nicht länger eine isolierte Freiheit der einzelnen in der Auflösung aller Solidarität und Gemeinsamkeit“, sondern „die Solidarität in der Freiheit“ - und mit den Aufkommen der neuen Solidaritäts- und Verflechtungstheorien der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts drängte dann wirklich der planvolle Umgang mit den unübersichtlichen Komplexitätslagen moderner - wenn man so will: postliberaler - Industriegesellschaften als neue gesellschaftliche Aufgabe auf die politische Agenda der europäischen Staaten, auch wenn diese nach wie vor damit beschäftigt waren, zunächst einmal die liberalen Prinzipien der europäischen Aufklärung endgültig rechts- und verfassungsfest zu machen.

In der Tat ist das Zeitalter der Tugenden von individueller Tüchtigkeit und Fleiß, von individueller Verantwortung des Einzelnen für die Ausmaße und Inhalte seiner Arbeit und von individueller Zurechnung der Ergebnisse dieser Arbeit seit langem vorbei. Liberale Tugendappelle wie „Morgens hat Gold im Mund“ nützen jedenfalls dem Fabrikarbeiter nichts, der gerade Spätschicht hat. Es wäre deshalb schon damals an der Zeit gewesen anzuerkennen, dass wir längst im Übergang vom liberalen zum sozialen Zeitalter sind. Viele aufmerksame Beobachter haben die Dinge im späten 19. Jahrhundert auch tatsächlich so wahrgenommen: Konservative Monarchisten ebenso wie revolutionäre Sozialisten, dem Kaiserreich freundlich gesonnene Protestanten ebenso wie papstreue Katholiken - sie alle waren sich darin einig, dass die Zeit des individuellen Liberalismus vorbei sei;

und auch die Liberalen selbst begannen in dieser Zeit vermehrt, mehr oder weniger larmoyante Bücher über das Drama und die Tragödie des politischen Liberalismus zu schreiben, dessen welthistorische Epoche bedauerlich zu Ende gegangen sei ... Würden sie heute noch leben, sie würden sich wohl allesamt die Augen reiben, warum der Liberalismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch einmal derart massiv zur hegemonialen Ideologie der Gegenwart avancieren konnte, obwohl die gesellschaftlichen Grundlagen, auf denen er einst beruhe, mit dem Durchbruch zum Fabrikzeitalter, also seit etwa anderthalb Jahrhunderten, doch endgültig der Vergangenheit angehören.

V.

Was heißt das nun für uns heute? Wenn wir *erstens* moralisch nicht zynisch werden wollen, d.h. wenn wir uns nicht achselzuckend-resignativ oder ökonomistisch-cool damit abfinden wollen, dass wir die Armen eben allezeit bei uns haben oder bei uns haben wollen; wenn wir *zweitens* historisch zur Kenntnis nehmen, dass die Zeiten einer „kleingewerblichen Bürgergesellschaft mittlerer Existenzen“ vorbei sind und nicht wiederkommen werden; wenn wir *drittens* soziologisch davon überzeugt sind, dass die gesellschaftlichen Problemlagen von zunehmender Erwerbslosigkeit, Armut und Ausgrenzung keine individuell-moralischen, sondern eben gesellschaftlich-strukturelle Ursachen haben; und wenn wir



uns *viertens* politisch als überzeugte Demokraten verstehen, die an den Prinzipien von Freiheit und Gleichheit, von freier politischer Meinungsbildung und „öffentlichem Vernunftgebrauch“ festhalten, dann stellt sich eine klare sozialetische Zukunftsaufgabe.

Es müsste dann darum gehen, die zentralen normativen Prinzipien, die wir im Aufklärungszeitalter gewonnen haben, nämlich Freiheit und Gleichheit, Demokratie und Partizipation, Verantwortung und Zusammengehörigkeit auf Augenhöhe, auf dem Niveau postliberaler, hoch komplexer Gegenwartsgesellschaften neu zu auszuformulieren. Dabei wäre etwa zu fragen, ob wir statt von Eigenverantwortung nicht viel eher von *Kollektiv- bzw. Sozialverantwortung* reden müssten, wenn heute niemand mehr rein individuell für sich und sein Geschick verantwortlich gemacht werden kann. Wir sind heute nun einmal allesamt, ob wir wollen oder nicht, in einer komplexen und höchst unübersichtlichen Weise miteinander verstrickt und voneinander abhängig - und deswegen mit verschiedenartigen Verantwortlichkeiten für uns, für andere und für alles beladen. Man muss deshalb dringend darüber nachdenken, wie sich hier Erst-, Zweit- und Drittverantwortlichkeiten verteilen.

Trotzdem wird darüber aber öffentlich kaum ernsthaft debattiert. Stattdessen werden wir auf Schritt und Tritt von der neoliberalen Entsolidarisierungsvokabel der „Eigenverantwortung“ verfolgt; und kaum jemandem gelingt es, Herz und Hirn von der unerbittlichen moralischen Last, die hier jedem einzelnen aufgebürdet werden soll, wirklich frei zu halten.

Ähnlich wäre auch zu fragen, ob wir nicht statt allein vom Privateigentum viel stärker vom Kollektiv- oder Sozialeigentum reden müssten, vom uns allen „Gemeinsamen“, für das wir eine gemeinsame Verantwortung tragen und um das wir uns in

kluger, vernünftig reflektierter, demokratisch beratender und gemeinsam verantworteter Form nachhaltig kümmern müssen - wobei dann unterschiedliche Zuweisungen zu privater Hege und Pflege, zur Hege und Pflege in kleineren lokalen Räumen oder auch zur Hege und Pflege durch den großen Apparat zwangsbewehrter staatlicher Gesetzgebung sinnvoll und wünschenswert sein dürften. Es gibt jedenfalls eine ganze Bandbreite von Verantwortungsträgern zwischen dem isolierten Einzelnen, den vielen sozialen Gruppen, Vereinen, Bewegungen und Verbänden, in denen er vielleicht mehr, vielleicht weniger eingebunden ist - und den vielen kommunalen, verbandlichen, korporativen, administrativen oder wie auch immer strukturierten staatlichen bzw. quasistaatlichen Organisationen unseres Gemeinwesens. Und hier ist immer wieder neu und öffentlich darüber zu reflektieren, *wer sich wie und warum und mit welchen Mitteln* am besten um *was* kümmern kann und soll ...

Normative Vorentscheidun-

gen nach dem Motto: „privat immer vor kollektiv“; „Markt immer vor Staat“ oder umgekehrt: „Obrigkeit immer vor Eigeninitiative“, „Vater Staat immer vor den kleineren Gruppen und Gemeinschaften“ sind hier zumeist kontraproduktive Vereinfachungen, die nicht aus einer genauen Beobachtung der komplizierten Realitäten, sondern aus den „schrecklichen Vereinfachungen“ politischer Ideologien entstehen. Dass man einer komplizierten Welt aber nicht mit einfachen Weltanschauungswahrheiten *mores* lehren kann, mag für das eigene moralische Wohlbefinden zwar bedauerlich sein, gehört in den modernen Gesellschaften aber zur *conditio humana*.

VI.

Und was heißt das jetzt für die Frage nach der Zuständigkeit für Armutsbekämpfung und Armutsabschaffung? Zunächst ganz platt: derjenige, der es am besten kann, soll damit beginnen und dann zusehen, wer ihm dabei wie am besten helfen kann. Wenn



Thomas Pläßmann

Armut sozialstrukturelle Ursachen hat, wenn wir nicht alle eigenverantwortlich auf unserer kleinen Scholle leben und es nicht genügend Gelegenheiten für gute und würdige abhängige Erwerbsarbeit für alle gibt, die solche Arbeit leisten können und wollen - dann liegt politisch die erste Verantwortung beim Staat. Erst recht, wenn wir darauf bestehen, dass wir als freie und gleiche Staatsbürger dieser Republik nicht nur über liberale Abwehrrechte verfügen, sondern auch soziale Anspruchsrechte haben, vor allem das Recht auf ein angemessenes Grundlevel an sozialer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und am gemeinsam produzierten Wohlstand des Landes; und zwar allein schon deshalb, weil wir - nicht nur, was Essen und Trinken, Wohnung und Kleidung betrifft, sondern auch, was soziale Zugehörigkeit und kulturelle Achtung angeht - zutiefst „abhängige“ und „bedürftige“, eben „soziale“ Wesen sind und uns auch alle wechselseitig als solche anerkennen und achten. Wenn wir diese sozialen Anspruchsrechte aber wirklich als Recht begreifen wollen, dann sind dies Fragen staatlicher Gerechtigkeit und nicht Belange individueller Mildtätigkeit, dann ist und bleibt der Staat hier der erste Adressat - und niemand sonst. Denn nur Rechte kann man wirklich geltend machen; wegen vorenthaltener Almosen jedoch kann man niemanden vor den Kadi ziehen.

Deshalb führt am demokratischen Staat als der entscheidenden Clearing-Stelle unserer Meinungs- und Willensbildung

und als zentraler Institution zur Umsetzung unseres gemeinsamen politischen Willens kein Weg vorbei. Wenn wir dagegen den Staat aus dieser Gewährleistungsverantwortung entlassen, haben wir das Projekt von Freiheit und Gleichheit, von demokratischer Selbstregierung und Achtung vor der Individualität und Unantastbarkeit der eigenen Würde und der Würde der anderen tendenziell aufgegeben. Wir können dann in moralischer Ernüchterung die Kampfparole des gesellschaftlichen Dschungelkrieges verkünden und ausrufen: *„Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott - oder krepier halt“*. Oder wir könnten eine säkularisierte Neuauflage des katholischen Mittelalters versuchen und sagen: *„Ich engagiere mich im bürger-schaftlichen Engagement, etwa in der Tafel, weil ich mich dafür die Armen einsetzen kann und weil ich merke, wie sehr mir sonst was fehlt ...; ich finde es aber schon ärgerlich, dass sich manche ‚Kunden‘ da so wenig dankbar erweisen, wenn ich meine Samstagsvormittage für sie opfere ...“*

Wenn wir aber am demokratischen Projekt einer Gesellschaft von Freien und Gleichen festhalten, dann ist der von uns allen bewusst programmierte Staat die einzige Instanz, die uns ermöglicht, uns in unseren Solidaritäten, unseren komplexen gesellschaftlichen Interdependenzen und Verstrickungen, irgendwie vernünftig, reflektiert und auf Augenhöhe gemeinsam zu regieren und zu verwalten. Dem *Staatsbashing* aller Art sollte man deshalb energisch widersprechen, auch wenn dies noch lange nicht heißt, dass der Staat alles allein machen kann und soll. Gewährleistungsverantwortung bedeutet gerade keine Monopolisierung aller Aufgaben und Verantwortungen bei einer staatlichen Obrigkeit. Aber auch was vernünftigerweise den einzelnen oder den Initiativen der Bürgergesellschaft überlassen werden kann und, dass mögen

bitte nicht diese einzelnen und diese Initiativen aus eigener Vollmacht und anstelle des Staates entscheiden. Das sollten wir über die Meinungs- und Willensbildungsprozesse des öffentlichen Vernunftgebrauchs diskursiv beratschlagen und stets neu gemeinsam überlegen. Auf die Einsichten, die wir hier gewinnen, können und müssen wir dann „unseren Staat“ programmieren, damit er in unserem gemeinsamen Interesse klug, sinnvoll, nachhaltig und gerecht in seinem Kampf gegen Armut und Ausgrenzung vorgehen kann.

Das mag nun alles ziemlich staats- und demokratieidealistisch klingen; zu diesem Idealismus, zu diesem Leitbild demokratischer Selbstregierung, haben wir aber keine Alternative, wenn wir uns wirklich als freie und gleiche Staatsbürger achten und anerkennen wollen; als Staatsbürger, die vor der schwierigen Aufgabe stehen, ihre Freiheits- und Selbstentfaltungsansprüche in der zunehmend komplizierten Realität unserer postliberalen Gesellschaftsverhältnisse nicht zur zu verteidigen, sondern zunächst einmal umfassend aufzubauen, zu fördern und zu gestalten.

Wie pflegte Oswald von Nell-Breuning, der große alte Mann der katholischen Soziallehre, an dieser Stelle immer zu sagen: *„Wir sitzen alle in einem Boot, ob wir wollen oder nicht“*. Deshalb ist es allemal besser, sich auf den anstrengenden Streit über den richtigen Kurs des gemeinsamen Schiffes einzulassen, als entnervt aufzugeben und in den Stürmen der globalisierten Gegenwart sein Glück für sich allein im wenig seetauglichen Schlauchboot der individuellen Selbsthilfe zu suchen.

Der Abdruck des Vortrages erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Verfassers und der Veranstalter der Tagung!



Acht Minuten Aufklärung!

Die Osnabrücker Sozialkonferenz (OSK) produzierte eine kleine Präsentation (Laufzeit 8 Minuten), die es in sich hat. Am Beispiel der Kinderarmut wurden Grafiken zusammengestellt, welche die Entwicklung von Armut und Reichtum in Deutschland aufzeigen. Besonders deutlich wurde die sehr ungleiche Verteilung des stetig wachsenden Reichtums dargestellt.

Die "Macher" der CD wollen zum Nachdenken anregen und treten entschieden den geläufigen Erklärungsmustern ("Es ist kein Geld da") entgegen. Armut ist von Menschen gemacht und kann auch von diesen beseitigt werden!!! Alle verwandten Zahlen sind "offiziellen" Quellen entnommen und lassen sich leicht nachprüfen.

Die CD eignet sich für den Einsatz in Schule und Erwachsenenbildung, aber auch als kleine Diskussionsgrundlage im Familien- oder Freundeskreis. Die CD ist kostenlos erhältlich bei:

Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften Osnabrück, August-Bebel-Platz 1, 49074 Osnabrück
Telefon-Nr.: 0541/33807 1814/1816 - E-Mail: kontakt@kooperationsstelle-osnabrueck.de
<http://www.kooperationsstelle-osnabrueck.de> - <http://www.osnabruecker-sozialkonferenz.de/>

"Nicht nur Armut, sondern auch Reichtum muss ein Thema der politischen Debatte sein" (aus: Gemeinsames Wort der Evangelischen Kirche und der Deutschen Bischofskonferenz, 1997)